

**Ersteinstufige**  
 und mit. mit Ausnahme  
 der Sonn- und Feiertage.

**Bezugspreis**  
 monatlich 60 Pfennig fort  
 und hin, durch die Post  
 bezogen vierteljährlich  
 1,60 Mk. ohne Beleggeld.

**„Die Neue Welt“**  
 (Anschlagsbeilage),  
 monatlich 10 Pfennig.

**Veransch.-Anschl.-**  
 Schriftleitung: Nr. 888,  
 Belegstellen: Nr. 1047.

# Sozialstaat

**Anzeigengebühr**  
 beträgt für die Expedition  
 Monatszettel ab. vom Raum  
 30 Pfennig.  
 für ausserhalbige Anzeigen  
 50 Pfennig.  
 Anzeigen unterm Textzeile  
 bis Seite 75 Pfennig.

**Anzeigen**  
 für die letzte Nummer  
 müssen spätestens bis vor-  
 mittags zum 10. März in der  
 Expedition abgegeben sein.

**Abgabeort in die**  
 Postzustellstelle.

**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.  
 Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/4 Uhr mittags.

## Die Bergarbeiter im Kampfe.

### Der Anfang des Bergarbeiterstreiks.

Wieviel Bergarbeiter streiken im Ruhrrevier? Aus der Fülle und dem Wust der vorliegenden Meldungen ein klares und vor allem wahres Bild über die Streiklage im Ruhrrevier zu gewinnen, das ist eine ziemlich schwierige Sache. Besonders über die Zahl der Streikenden ist sehr bis jetzt noch jede zuverlässige Angabe, und alle Mitteilungen hierüber sind voller Unklarheiten und Widersprüche. Die bürgerliche Presse ist in ihrem Element, wenn sie den Stand der Streikbewegung und die Siegesaussichten der Bergarbeiter durch allerlei Schweindel Meldungen und Manöver in verächtlicher Weise herabsetzen und verkleinern kann. So wird mit dreifacher Eile und in der unerwünschten Absicht, die kämpfenden Grubenflotten zu verhöhnen und die Streikbewegung ins Lächerliche zu ziehen, berichtet, daß in diesem Revier nur 1/2, in einem anderen Revier gar nur 1/4 der Grubenarbeiter streiken. In einem dritten Bezirk wieder soll die Zahl der Ausständigen bereits wieder „im Waidgang“ begriffen und sogar Leute vom alten Verband angefallen sein. „Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Arbeit allgemein wieder aufgenommen wird, bevor die dem Kontraktbruch der Ausständigen bedingende Frist abgelaufen ist.“

So wird mit Strategie weiter geschwibelt und gelogen. Wenn sie wenigstens noch einigermaßen mit Geßelschwandeln wollen! Aber so ist der Schwandel so dick und so plump, daß ihn die lächerlichsten kapitalistischen Zeitungsblätter in ihrer Tapzigkeit (oder in einer Anwendung von Unfruchtbarkeit?) selber aufdecken. In dem gleichen Moment, wo man geringfügig von einem geringen Umfang des Streiks berichtet, muß man mitteilen:

„Das heute früh nur 34,38 Prozent der Belegschaften sich am Streik beteiligt haben, ist darauf zurückzuführen, daß zahlreiche Vergleute in die Grube einfuhren, um ihr Gehälde herauszuholen. Man vermeintete diesen Vergleuten jedoch die sofortige Ausfuhr, so daß sie die achtsündliche Schicht aushalten mußten. (1) Unter den Vergleuten des Dortmund Reviers herrscht infolge dessen große Erbitterung. Man rechnet bestimmt damit, daß der Streik in den nächsten Tagen weiter an Umfang zunehmen werde.“

Der Wahrheit am nächsten dürften die Schätzungen des Berliner Tageblatts kommen, dessen Korrespondent berichtet, daß 70 Prozent der Bergarbeiter streiken. Auf den Bechen der Saxepener Bergbaugesellschaft sind Montag mittags von 8061 Mann nur 691 eingetroffen. Nach dem V. L. liegen bisher die Streikziffern von 74 Betrieben „einwandfrei“ vor. Auf diesen Bechen sollen von 26234 Mann der Morgenlohn 31 874 angefallen sein, so daß also die Zahl der Streikenden 24 360 beträgt. Eine Zahl, die ganz entschieden zu niedrig gegriffen ist! — Aus Duisburg wird uns von der Bergarbeiterorganisation gemeldet:

Die Belegschaft der Zeche Reumühl hat fast insgesamt die Arbeit niedergelegt. Amtlich wird die Zahl der noch Arbeitenden auf 10 Prozent angegeben, in Wirklichkeit werden es kaum 5-6 Prozent sein. Die Christlichen streiken mit. — Nach dem gestrigen Bericht sind von der Belegschaft der Deutschen Kaiser-Sächse (Hamborn) circa 30 Prozent der Hobertagearbeiter angefallen, in Wirklichkeit sind es nur 10 Prozent. In einzelnen Schächten arbeiten unter Tage nicht einmal 10 Prozent. Auch die im christlichen Gewerksverein Organisierten folgen der Parole des Gewerksvereins zum Streiktrah zum großen Teil nicht, sie legen die Arbeit gleichfalls nieder. Teilweise treten sie auch aus dem Gewerksverein aus und zum alten Verband über. Die festsitzenden Versammlungen waren alle sehr gut besucht. Es besteht Hoffnung, daß der noch arbeitende Rest morgen gleichfalls nicht mehr anfallen wird. Der Streik hat am Montag abend bereits erheblich an Ausdehnung zugenommen.

### Die Regierung im Dienste der Grubenbarone.

Nach einer Meldung der Post vom Montag abend, dem Organ einer Handvoll bei der Regierung angelegener Scharfmacher, wird am Dienstag im sog. „Preußischen“ bei der Beratung des Antrages Bismarck über den „Schutz der Arbeitswilligen“ eine Erklärung der Regierung über die Vorsehung des Kohlenarbeiterverbandes im Ruhrrevier gegeben und auf die Verhandlungen, die von der preussischen und der Reichsregierung mit den Führern der Berg-

arbeiter eingeleitet worden waren, eingegangen, um, wie die Post sagt, zu zeigen, „daß die Regierung keine Mittel unversucht gelassen habe, den Ausstand zu verhindern.“ Weiter demüthigt und droht das Scharfmacherblatt: „Nachdem der Ausstand, der in allgemeinen als ein Sympathieausstand (1) der deutschen Bergarbeiter für ihre englischen Kameraden angesehen wird, ausgedehnt ist, wird die Regierung beabsichtigt sein, mit allen Nachmitteln Anstrengungen zu machen, um die Arbeitswilligen, die auf 120 000 bis 140 000 Mann geschätzt werden, zu schützen. Für den Fall, daß der Ausstand längere Zeit andauern sollte, dürfte Gendarmen und Militär in erhöhtem Umfang nach dem Ausstandsbereich entsandt werden. Trotzdem die Ausstandsleistungen vor Ausbreitungen gewahrt hat, werden solche doch beabsichtigt, falls der Ausstand länger als eine Woche dauern wird. Bei den gestrigen Versammlungen im Ruhrrevier hat man allgemein den Eindruck gehabt, daß die Stimmung schon jetzt ziemlich niedergedrückt ist, weil die Geldmittel nicht sehr erheblich sind. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften legen ihre ganze Hoffnung auf die christlichen Gewerkschaften und lassen keine Mittel unversucht, auch diese zum Ausstand zu bewegen. Zu der morgigen Herrenauskunft wird die Ausstandsbeziehung Gegenstand einer längeren Debatte sein, und es wird an die Regierung der Appell gestellt werden, diese Ausstandsbeziehung als Prüfstein zu benutzen, ob die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen ausreichend sind.“

Diese Konzentration aller Mächte gegen die Arbeiterkraft sollte den christlichen Bergarbeitern endlich die Augen öffnen. Die Bergarbeiter müssen die Hebrzeugung gewinnen, daß sie von ihrer Regierung die christlichen Gewerkschaften heranzuziehen nicht müde zu ermaßen haben. Die Arbeiter sind auf die eigene Kraft angewiesen.

Das sind also die Folgen der Information des Ministers Delbrück, die dieser vor einigen Tagen durch eine Unterredung mit einer Anzahl Bergarbeiterführer zu gewinnen suchte. Lieber diese Unterredung hat sich Que am Sonntag in der Revierkonferenz zu Serne näher ausgelassen. Nach der Volkzeitung sagte Que u. a.: „Wir haben eine etwa zweieinhalbstündige Aussprache gehabt. Während dieser ganzen Zeit ist weder von Gleichberechtigung, noch von mehreren irgendeiner Einwendung gegen unsere Forderungen gemacht worden. Sie erklärten sogar ausdrücklich, daß gegen diese Forderungen nichts einzuwenden sei, es seien die Forderungen der gesamten Bergarbeiterchaft und es würde sich bloß fragen, ob diese oder jene Forderung nicht etwas anders formuliert werden könnte. Darüber ließe sich ja reden. Das muß notwendigerweise festgestellt werden, da man ja behaupten wird, unsere Forderungen seien „nicht berechtigt“. In der Konferenz kam der Wunsch nach einer friedlichen Verständigung allseitig zum Ausdruck, seitens der Regierung und seitens der Arbeitervertreter. Wir haben erklärt, wenn der Ausspruch wirklich acht oder vierzehn Tage früher gewesen wäre, so würde wahrscheinlich eine Verständigung eingetreten sein, und es wäre auf einer Basis zum Frieden gekommen, die auch wir akzeptieren konnten. Wir wären auch heute noch bereit — zu jeder Tages- und Nachtzeit — mit Verhandlungen zu beginnen, sofern es nicht anders würde. Wir erklärten, daß wir die Arbeiterausschüsse bereits zweimal beauftragt hätten, Lohnverhandlungen zu führen. 1906 geschah dies gemeinsam von allen vier Verbänden, 1910 von den drei verbundenen Organisationen. Das Resultat war rein negativ, was daran, daß wie es nicht mehr wagen können, den Arbeiterausschüssen zu empfehlen, um Sitzungen nachzusuchen. Das haben wie dem Minister erklären müssen und wir haben hinzugefügt, daß es nicht unsere Schuld sei, wenn die Dinge so lägen.“

Und trotz alledem die herausfordernde Stellungnahme der Regierung gegen die Streikenden!

### Immer mehr Gendarmen!

Der Zug von Gendarmen und Schutzeinheiten dauert fort. Von Frankfurt a. M. sind 150 Schutzeinheiten, drei Wachmeister und zwei Kommissare nach Essen abgegangen. Die Mannschaften bekamen, wie in der Meldung noch zur Verhöhnung aller „Patrioten“ und „Hilfster“ verächtlich wird, „die schwarzbanner“ mit. — Auch Militär hält man bereits „in Bereitschaft“. Wenn S. Illaneregiment in Düsseldorf sollen, dem V. L. zufolge, von jeder Schwadron 24 Mann mit Gewehren bereit stehen, um auf telegraphische Anordnung sofort in das Ruhrrevier abzurücken. — Die Regierung tut also, wie man sieht, in vollem Umfang ihre „Pflicht“, um sofort bereit zu sein, wenn ihre Auftraggeber, die Grubenbarone, rufen! Daß dieses Massenangebot von Gendarmen und die Bereithaltung von Proletariatsjähren in Uniform, wie es eventuell auf die Bergarbeiter loszulassen, auch aufreißend wirken kann, kommt hier anscheinend nicht in den Sinn. Freilich, es fehlt ja in gewissen Kreisen nicht an gewissenlosen Zeuten, denen es nicht darauf ankommt, ein Mißtrauen unter den Arbeitern anzurichten. Aber bis jetzt sind die von manchen meistlich gewöhnlichen „Anführern“ ausgesprochen, so sehr sich auch die kapitalistischen Schmachts im Schwärze ihres Angebots abmühen, die kleinste Schärze zu „Anführern“ aufzubringen. Allerdings, der Polizeifeld ist bereits in Tätigkeit getreten. In

Müngede, wo Verdejungen einen Gendarmen „hänkelten“, wurde beim Plak „räumen“ ein Zehnter schwer verletzt. — Die Meldung, daß in Ferner Zeit zu verschieben seien, ist Schwandl, es kam zu leichten Zusammenstößen ohne Verletzung. — Am übrigen halten sich die streikenden Bergarbeiter streng an die Mahnung der Verbandsleitung: Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und den Kilofofo zu meiden!

„Dessen ungeachtet haben es der Aensberger Regierungspräsident und der Polizeipräsident von Essen für nötig gehalten,

### „Mahnungen an die Bewusstlosen“

zu richten. Wir wollen die des Aensberger Regierungspräsidenten von Vate auszusprechen wiedergeben, weil in ihr der ganze echt preussische Polizeitgeist und „Unterthanenbegriff“ den stärksten Ausdruck findet. Es wird in dem öffentlichen Erlass darauf hingewiesen, daß die preussische Verfassung jedem Staatsbürger die persönliche Unverletzlichkeit seiner Person und des Eigentums gewährt. Die persönliche Freiheit umfasst aber für seine Familie arbeiten wolle oder nicht“. Dieses verfassungsmäßige Recht zu sichern, seien die Polizeibehörden angewiesen, mit unbegrenzter Strenge von vornherein dem Geist der Lage Rechnung zu tragen und jeden Angriff auf Arbeitswillige und das Eigentum sowie jeder Ausbreitung unaufrichtig und erforderlichen Falles mit der Waffe entgegenzutreten. Der Erlass ermahnt ferner Ausständigen, ihre wirtschäftlichen Kämpfe innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu führen. Das Publikum wird eindringlich ermahnt, sich von Anmahnungen auf der Straße oder sonstigen Intrusen fernzuhalten.

### Ausdehnung des Streiks.

Aus Essen, 12. März, meldet Städtisches Bureau: Gestern nachmittag hat der Bergarbeiterausstand eine bedeutende Ausdehnung erfahren. Auf allen Bechen, von denen Meldungen vorliegen, ist die Zahl der Streikenden verhältnismäßig beträchtlich gestiegen, das gilt besonders für die Bechen im Gelsenkirchener und Dortmund Revier. Die Gesamtzahl ist auf den Hibernatagesten gestern nachmittag auf volle 75 Prozent der Gesamtbelegschaft gestiegen, also gegen gestern früh verdoppelt. Lieber die Weiterentwicklung des Streiks läßt sich noch nichts bestimmtes sagen. Im gesamten Ruhrbezirk sind nach den Ermittlungen des Verghaldischen Vereins von der 100 884 Mann betragenden Mittagslohn 46 971 Mann eingetroffen, so daß also 53,75 Prozent der Belegschaft streiken, gegen 34,30 Prozent der Frühlohn.

Essen, 12. März. Gestern nachmittag streikten im Revier Dortmund 86 Prozent der Vergleute, in Essen 1 87 Prozent, in Dortmund II 84 Prozent, Dortmund III 65 Prozent, in Witten 63 Prozent, in Hattingen 60 Prozent, in Südlohn 48 Prozent, in Nordlohn 36 Prozent, in Duisburg 78 Prozent, in Oberhausen 26 Prozent, in Wittenfeld 44 Prozent, in Dts-Essen 33 Prozent, in Witten 37 Prozent, in Wanne 50 Prozent, in Gelsenkirchen 50 Prozent, in Serne 78 Prozent, in Dts-Essen 71 Prozent, in Süd-Essen 80 Prozent, in Dts-Reddinghausen 63 Prozent der Belegschaften.

### Die erste Polizeieinheit!

Söln, 12. März. In Reddinghausen erfolgte ein Zusammenstoß zwischen der Polizei und streikenden Bergarbeitern, etwa 400 an Zahl. Sieben Personen wurden durch Säbelhiebe schwer verletzt, vier wurden verhaftet. Einem Arbeitswilligen wurde ein Auge ausgetrieben.

### Die Bergarbeiterbewegung im sächsischen Kohlenrevier.

Im August-Oktoberr Revier fanden Sonntag die riesigste Versammlung in Essing statt. 75 Prozent der gesamten Belegschaft waren vertreten. Es wurde auf das ablehnende Verhalten der Bergbarone, mit der Organisation zu verhandeln, folgende Resolution angenommen: Die stark besuchte Versammlung ist mit den von den Grubenvertrauensleuten aufgestellten und von der Organisationsleitung an die Belegschaften eingesendeten Forderungen einverstanden. Die Forderungen sind die ablehnende Haltung der Bergarbeiter, mit der Organisationsleitung in Verhandlungen einzutreten. Die Verformung ist der Hebrzeugung, daß die geforderte Lohnvermehrung nicht ausreicht, um die durch die Verteuerung der Lebensmittel notwendigen Mehrausgaben zu decken. Da die Forderungen der Bergarbeiter im vorigen Jahre, die Löhne auszubessern, nicht eingeleitet wurden, beantragt die Versammlung die Arbeiterausschüsse, spätestens die Dienstag die Einberufung einer Sitzung zu betreiben, wo über die eingereichten Forderungen bestimmte Entschlüsse der Vertrauensleute verlangt werden müssen. Wenn keine Angekündigte gemacht werden, sollen die letzten Konsequenzen gezogen werden.“

Die Versammlungen waren von leidenschaftlicher Kampfstimmung befeht, und die Reigung zur sofortigen







## Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 12. März 1912.

### Aus der Stadtvorstandesversammlung.

Unter den eingegangenen Einladungen und Mitteilungen befand sich ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtvorordneten Emmer, Weig, Berg und Oterburg auf

#### Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne.

Der Antrag lautet:

Stadtvorstandesversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu erlöden, vom 1. April 1912 für alle städtischen Arbeiter in sämtlichen Betrieben des Bodenlohnstufens einzuführen. Der Anfangslohn soll betragen bei den Arbeitern des Baum- und des Gas- und Wasserwerks mit Ausschluß der Feuerarbeiter, für welche eine höhere Stufe festgesetzt wird, pro Woche 26 Mark, steigend von 2 zu 2 Jahren um wöchentlich 1 Mark bis zum Höchstlohn von 28 Mark.

Für die Arbeiter der Straßenreinigung, der Stadtgärtnerei und des Schlachts- und Metzgerlohn pro Woche 22 Mark, steigend von 2 zu 2 Jahren um wöchentlich 1 Mark bis zum Höchstlohn von 26 Mark.

In sämtlichen Betrieben werden je 3 Arbeiter, welche von den einzelnen Betrieben in gleicher Zahl zu wählen sind, als Arbeiter-Ausschüsse gewählt. Dieselben sollen die Mängel haben, über alle auftretenden Differenzen mit den betreffenden Betriebsleitern zu verhandeln und die Wünsche der Arbeiter vertreten.

Dieser Antrag wurde dem Ausschuss für Vorbereitung übergeben. — Eine längere Debatte ergab folgende Angelegenheit.

Stadtv. Faustsch referierte über eine Theatervorlage des Magistrats. Herr Theaterdirektor Richards ist durch die Subvention der Stadt verpflichtet, das Orchester das ganze Jahr hindurch in einer Stärke von 52 Mann — das ganze Jahr hindurch zusammenzustellen. Nach der federfähigen Ansicht des Deputationsmitglied Prof. Albert ist dies in musikalischer Hinsicht auch nicht notwendig, er hält vielmehr einen ständigen Bestand von 42 Mann den Sommer hindurch zur Aufrechterhaltung der musikalischen Qualität für durchaus ausreichend. Der Magistrat beantragte deshalb auf Verlangen der Deputation den Betrag halb abzurufen, daß der Theaterdirektor bereitwillig sein soll, die Hälfte der Musiker in der Zeit vom 1. Mai bis 15. September jeden Jahres von 52 auf 42 zu reduzieren.

Stadtv. Emmer hält die Abmachungen für nicht ganz einwandfrei. Auch die finanzielle Notwendigkeit sei nicht ganz klar. Man frage dem Antrag nur dann zustimmen, wenn wirklich im Sommer schon Mann freimüßig andere Arbeit suchen. Demnach sollte bestimmte die Gefahr, daß der Theaterdirektor die müßigen Herren abschiebt. Könnte darüber eine bestimmte Erklärung abgegeben werden, so würde er dringender vor der Annahme des Antrages warnen, da dem Direktor sonst jede Willkür gestattet würde.

Der Referent Stadtv. Faustsch konnte keine Erklärung in diesem Sinne abgeben. Die Direktion gebe auch keine genau kontrollierbare Zahlen, durch die man die Notwendigkeit des Entgegenkommens beweisen könnte. Es wäre deshalb gut, die Direktion zu erlöden, eine genauere Kontrolle der Verwaltung durch die Deputation zu ermöglichen, damit man bei späteren Untersuchungsfordernungen bessere Unterlagen habe. Den jetzigen Antrag aber kann man annehmen, da er nicht so feil ist.

Stadtv. Emmer beantragte, da über das Wichtigste linderbarerweise keine Auskunft gegeben werden könne, die Vorlage dem Ausschuss nochmal zurückzugeben.

Stadtv. Buch erklärte aber, daß es tatsächlich richtig sei, wenn der Direktor anzeige, daß eine Anzahl Musiker allmählich gegen die Stelle in Halle mit einer besser bezahlten in einem der Wäber vertauschen würden. Auch sei richtig, daß unter Theater, wie die meisten großstädtlichen, in letzter Zeit geringere Einnahmen bräuen. Das sei auf die Konkurrenz der Kintheater zurückzuführen.

Stadtv. Weig erklärte, daß die Deputation die Einschränkung des Vertrages so angesehen zu haben wünsche, wie das Herr Emmer verlangt. Schließlich wurde auf Antrag der Stadtv. Emmer und Weig beschlossen, in den jetzigen Beschluß die Einschränkung zu machen, daß der Direktor die Einschränkung des Personalbestandes nur im Einverständnis mit der Theaterdeputation vornehmen darf. Mit dieser Einschränkung wurde der Magistratsantrag genehmigt.

Die Beratung über den Entwurf einer neuen Armen- und Waisenordnung brachte seltsam seltsame Töne aus bürgerlichem Munde.

Stadtv. Döhrer teilte mit, daß die 25 Bezirksvorsteher ihre Ehrenämter niederlegen würden, wenn die neue Ordnung angenommen werde, denn diese Ordnung sei ein Willkürsakt vom 1. April 1912. Stadtv. Faustsch meinte, daß sogar die Rechte der Stadtvorordneten durch dieses neue Statut verlegt würden. Auch für die Stadtvorordneten, die in der Armenordnung sitzen, würde es gegenüber dem Magistrat heißen:

#### Stramm stehen.

Er schäme vor, um solcher Rechtsmilderung gründlich vorzugehen, eine Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs einzusetzen.

Stadtv. Teplmann hielt eine lange Rede, um die Notwendigkeit der alten, ganz unregelmäßig gehandhabten, zum Teil demoralisierend wirkenden bürgerlichen Ordnung zu begründen. Er schrie dann noch eine ganze Reihe alter Herren, für die altbräuen Armenordnung und gegen den inderungsflüchtigen Stadtv.

Stadtv. Oterburg sprach seine Verwunderung darüber aus, daß die Bezirksvorsteher sich demütiglich fühlen; die Arbeiter hätten viel mehr Grund, sich zu beklagen, denn die seien noch nicht von der Armenverwaltung herausgenommen. Obwohl sie sehr an der Armenpflege interessiert seien, hätte man sie bisher hier in Halle immer nur nach als Objekte behandelt. Allerdings

wollten die politisch Aufgeklärten oder gemeinschaftlich Organisierten für sich persönlich am liebsten eine Armenpflege. Sie lehnten sie ab, selbst wenn sie in Einzelfällen tagelang hungern mußten. Sie wollten die heutige Armenpflege nicht, weil sie ein Stück der für unterdrückten menschlichen Gerechtigkeit ist. Sie streben eine bessere, der sozialistischen Gesellschaft für, wo man keine Armenpflege mehr bedarf, da für alle geforgt ist. (Der Vorsteher hatte schon einige Male mit seinem Kommer geklopft, um Oterburg zu unterbrechen. Jetzt löst er

**plötzlich eine mächtige Präsidentenrede** hervor, stand auf und klingelte darauf los, daß Genosse Oterburg dieser Gewalt der Töne weichen und verflüchten mußte. Da man bisher in den heiligen Hallen des Rathauses ein so gefährlich lärmendes Glockengeläute noch nicht gehört hatte, so war der getrigge neue Akt zur Wahrung der Präsidentenwahl natürlich von schättesten Gerichten und förmlicher Heiterkeit begleitet. Aber schließlich beruhigte man sich doch wieder soweit, daß der Vorsteher dem Genossen Oterburg ausdauernd entgegen konnte, daß die bürgerlichen Herren sich für das Nichtvorhandensein einer Armenpflege im Zukunftssicht nicht interessieren könnten.)

Genosse Oterburg erklärte nun fortsetzend, daß er mit dem Antrag gerade fertig war, und nun nur noch sagen wollte, daß die Sozialdemokraten selbstverständlich auch heute schon für das Recht der Armen eintreten. Sie seien aber der Meinung, antwärtige Löhne zu zahlen, sei besser als Armenpflege. Und deswegen würden sie sich viel fröhlicher für Lohnerbhöhungen und Arbeitsverpflichtungen einleihen, als für die Armenpflege.

Nach einer unheimlichen Geschäftsordnungsdebatte wurde ein Antrag, die neue Armen- und Waisenordnung einer Kommission zur Vorbereitung zu übergeben, angenommen.

Es folgte die Beratung der erneuten **Vertreibung der Musikanten und Besetzung des Hauptmarkts I (Hallen) auf Scherzbaum.** Stadtv. Dehne beantragte namens des Ausschusses Überlegung zur Tagesordnung, da bereits Lohnerhöhungen erfolgt seien.

Stadtv. Emmer sprach gegen diesen Antrag, da die Löhne völlig unzureichend reguliert seien. Aus einem Schreiben der Petenten stellte er fest, daß die Angaben über die Löhne den Stadtvorordneten falsch berichtet worden seien. Die Petenten erklärten u. a.:

Die Musikanten und Kesselblätter bekommen einen Stundenlohn von 38 Pf., das macht die eine Woche, nebst Abzug von Zweidrittel und Konferenzlohn 22 Mark und 8 Pf.; die andere Woche mit einer halben Schicht, die mit 5 Stunden bezahlt wird, wo aber 6 Stunden Dienst fällt, 23 Mark 98 Pf.; die dritte Woche mit 1 1/2 Schicht mehr, kommt durch die 18 Stunden von Sonntag mit 1/2 Sonntag früh, welche aber nur mit 5 Stunden entlohnt wird, auf 27 Mark 78 Pf. In den Bericht der Stadtvorordneten heißt es aber, sie verdienen 24—33 Mark pro Woche; dies ist unmaß. Es ist unter den Leuten nur einer, der schon 30 Jahre da ist, der bekommt einen Pfennig pro Stunde mehr, das sind 60 Pf. die ganze Woche. Die Kohlearbeiter bekommen 36 Pf. pro Stunde, das sind pro Woche nebst Abzug von 22 Mark und 8 Pf. 20 Mark 88 Pf. Der Gärtner bekommt einen Stundenlohn von 38 Pf., das sind pro Woche 22 Mark 8 Pf. Der Schloßer einen solchen von 45 Pf. pro Stunde, pro Woche 29 Mark 24 Pf. Alle Berichte, die anders lauten, sind unmaß.

Nach diesen Mitteilungen ist es wohl angebracht, die Wünsche der Petenten Arbeiter den Ausschuss, nachdem sie die Vorlage zurückgegeben und dem Rat zu erlöden, wenn der vorliegende allgemeine Antrag auf Vornahme zur Beratung steht.

Stadtv. Dehne sprach gegen die nochmalige Beratung der Arbeiterwünsche. Der Herr Millonard erklärte die Arbeiterlöhne für ausreichend. Und richtig, der Antrag, über die Vertreibung zur Tagesordnung überzugehen, wurde angenommen.

Einen ähnlichen Verlauf nahm die Debatte über die vom **Verband der Gemeinde und Staatsarbeiter eingereichte Petition auf Lohnerhöhung für städtische Arbeiter.** Auch hier beantragte der Stadtv. Dehne als Referent Überlegung zur Tagesordnung, da die Löhne größtenteils schon aufbereitet seien. Redner erklärte denn als große Wichtigkeit, daß Tagelöhner von 5 bis 4 Mark zum Teil um 10 Pf. erhöht worden sind, wobei die große Klasse immer noch auf einen Lohnsatz unter 4 Mark bleibt. Weiter betonte der Herr Referent, daß die städtischen Arbeiter doch regelmäßige Beschäftigung und auch eine ganze Reihe sozialer Vergünstigungen hätten, die nicht zu unterschätzen wären.

Stadtv. Oterburg wandte sich sofort gegen diese letzten Auslassungen. Auf Kosten niedriger soziale Vergünstigungen zu schaffen, das sei keine soziale Fürsorge, zumal wenn die Löhne so unzureichend sind wie hier. Die Stadt zahlt ja weit schlechter wie die Privatunternehmer. Die städtischen Arbeiter steigen auf soziale Einrichtungen, wenn sie dafür erst

#### jabrelang Strohflöhe auf den Wagen

erhalten. Besonders ungerecht sei die Stundenentlohnung, die die Stadt immer noch aufrechterhalte. Durch diese Entlohnung werden dem wirtschaftlich Schwachen, dem schlechtestebezahlten Arbeiter, auch noch die Nachteile der Mitternacht angehaft, die er doch hauptsächlich nicht kann. Bei Wohnlöhnen würde die Stadt diese für sie unbedeutenden Lasten tragen. Weiter sei eine Erhöhung der Löhne dringend zu fordern. Die Arbeiterlöhne müßten eigentlich immer dann steigen, wenn die Oberbeamten, die Magistratsbeamten, Zulage erhalten. Ein Unrecht ist es aber, daß der Todbesalge die Löhne der Arbeiter, die er gar nicht kennt, festsetzt. Auch sollte man nicht bei den Arbeitern die minder Verdienstsüchtigen geringer bezahlen. Bei Beamten gibt es so etwas nicht. Das letzte Beispiel mit dem Stadtbaurat hat gezeigt, daß Beamte sogar, wenn sie nicht voll leistungsfähig sind, noch hohe Pensionen bekommen. Der Vorsteher hielt, vordereitend diese Ausführungen für — Theorie. Und dabei ist doch der Fall eine ganz verurteilte Praxis mit 100 000 Mark. Aber der Herr Vorsteher wünschte, daß solche „Theorien“ nicht vorgebracht würden.)

Genosse Oterburg legte nun fortsetzend dar, wie die Löhne von der Waisenordnung erst erhöht, dann aber unter Beihilfe des Oberbürgermeisters herabgesetzt worden sind. Er kritisierte, wie bei den Waisenarbeitern die Arbeitslöhne erhöht würden. Schließlich brachte der Redner noch einige Beschwerden von Arbeitern darüber vor, daß der Vantat nicht voll leistungsfähig sind, noch hohe Pensionen bekommen. (Der Vorsteher hielt, vordereitend diese Ausführungen für — Theorie. Und dabei ist doch der Fall eine ganz verurteilte Praxis mit 100 000 Mark. Aber der Herr Vorsteher wünschte, daß solche „Theorien“ nicht vorgebracht würden.)

Nach einer weiteren kurzen Debatte wurde dann nach dem Ausschussvorsitz Überlegung zur Tagesordnung beschlossen. Die Arbeiterwünsche beließen für die Herren einfach nicht mehr. — Aber in den nächsten Wochen können die Arbeiterforderungen wieder. Hier darf man nicht lödel lassen. Und mögen den Herren solche „Theorien“ auch unangenehm sein und mag

die neue Liste d noch so launen, schließlich spricht die harte Not der Arbeiter doch zu ihnen. \*

Nach einer längeren geheimen Vorbesprechung wurde gestern auch die Wahl eines neuen Stadtbaurats vorgenommen. Es erhielten Großherzoglicher Baupolizeiter J. H. in Rab Raubheim 38, Regierungsbaumeister Schmidt in Saarbrücken 3, Stadtbaurat Dehler in Leipzig 11 Stimmen. Inzwischen ist ein Zettel, Herr J. H. ist also zum Stadtbaurat für 50000 gewählt.

Bei der Festsetzung der Endsumme des Gesamtetat auf 12 065 900 Mark gab Genosse Oterburg die Erklärung ab, daß seine Freunde wie alljährlich gegen den Etat stimmen. Weiter wurde noch ein schleimiger Antrag des Magistrats, solange die Verkaufsverhandlungen zwischen Stadt und Hofbau noch nicht erledigt sind, das Hausvermögen für 1000 Mark zu pachten, angenommen. \*

Beschlossen wurde weiter, den unter dem Haupteintrage des Rathauses belegenen Verkaufsteller auf die Zeit vom 1. Oktober 1912 bis 30. September 1918 an den Virtualienhändler M. Franke für den jährlichen Mietzins von 550 Mark zu vermieten; den im Grundstück Leipzigerstraße 88 belegenen Laden auf drei Jahre, vom 1. April 1913 bis 31. März 1916, gegen einen jährlichen Mietzins von 1200 Mark pro Jahr an den jetzigen Mieter, Kaufmann Max Müller, weiter zu vermieten und den ehemals Wolterichs Laden vom 1. Oktober 1912 ab auf sechs Jahre an Herrn Landwirt Schreiber zum Mietzins von 35 Mark pro Morgen und 1/2 Morgen unter gewissen Bedingungen zu vermieten.

Es wurde ein Vertrag genehmigt, daß die Stadtgemeinde Halle der Halle-Geistlicher Elternbau-Gesellschaft die 2500 qm große Fläche der Parzellen Gemarkung Gimritz überläßt. Dagegen übergibt die Halle-Geistlicher Elternbau-Gesellschaft der Stadtgemeinde Halle die an der Gieseler Chauffee gelegenen Parzellen in der Gemarkung Rietzen von 300 qm Größe und schließt für den größeren Wert der von der Stadtgemeinde abzutretenden Flächen vor der Auflösung eine Entschädigung von 1450 Mark an die Stadt. Die Stadt übernimmt die Verpflichtung, der Gemeinde Rietzen das zur Verbreiterung der Sechsbogenbrücke benötigte Land von etwa 315 bis 316 m Größe zu dem Preis von 0,57 Mark pro Quadratmeter abzutreten.

Diese Verpflichtung erfüllt, wenn die Gemeinde Rietzen die Abtretung des Landes nicht bis zum 1. Juli 1912 fordert. — Ferner erklärt sich die Stadtgemeinde Halle bereit, der Gemeinde Rietzen einen Zugangsweg zu den unteren Teilen der Parzellen des südlichen Teiles an der Sechsbogenbrücke zu überlassen. — Der Stadt als Eigentümerin des Gutes Gimritz bleibt das Recht, die veräußerte Fläche im Zuge des östlichen Wegens der Sechsbogenbrücke zu übergeben und zu überfahren. Der Erwerb der Parzelle von 300 qm bewirkt eine willkommene Verdrängung des südlichen Teiles an der Sechsbogenbrücke. Er erfolgt gegen Anstehen mit einer etwas kleineren Fläche von etwa 2900 qm an der Spießbogenbrücke, für welche die Halle-Geistlicher Elternbau-Gesellschaft außerdem 50 Pf. pro Quadratmeter hinzuzahlt.

In der geschlossenen Sitzung wurde der Stellmachereigentümer Robert Wende, Brunnentorte 68, zum Schiedsman des 32. Bezirks gewählt. — Von Berufsausstellungen zu Sekretären hochbetitelt wurden die Herren Friedrich Schützer und Richard Söckel. — Zum Armenrat für 12 Jahre bestimmte die Versammlung den Badermeister Bruno Jenzner, Völlbergweg 63.

#### Streit in der Kolonialhandlung Debarde.

Die Kolonialarbeiter und Geschäftsführer der Kolonialhandlung Debarde haben sich gezwungen, in den Ausschluß zu treten. Der Grund dazu war, daß die Firma den Lohnsatz der Geschäftsführer, der nur 22 Mark betrug, nicht auf den ortsüblichen von 25 Mark erhöhen wollte. — Der Lohn der Kolonialarbeiter betrug bei schwerer Arbeit bisher im Jahresdurchschnitt nur 20 Mark pro Woche. Eine durchschnittliche Erhöhung dieses Lohnes wollte die Firma nur den älteren Arbeitern gewähren, während die neueren Arbeiter ganz 100 abgehängt sollten. Andere Jugendgenossen lehnte die Firma herab ab und verbot manchem Arbeiter die Arbeit zu übernehmen. Deshalb Arbeiter: Hebt Solibariat und weilt jedes Arbeitsangebot der Firma ab. An Arbeit geblieben ist nur der Chauffeur Heberfecht. Er setzt sich jetzt auf dem Geschäftsführer und fällt so seinen Kollegen in ihrem Kampf in den Rücken. Auch Herr C. Debarde selbst geniert sich auf einmal nicht mehr, sein Geschäft selbst zu führen. Die Firma hat sich also sofort die Polizei kommen lassen, die pinaklich alle Streifenpolizei gewagt oder notiert, sogar in weiterer Entfernung von dem Arbeitsplatz der Firma. Gegen dieses Vorgehen ist bei der vorgesetzten Behörde Beschwerde eingereicht worden.

Am übrigen wird sich nächsten Donnerstagabend eine öffentliche **Transportarbeiterversammlung** in Streichers Lokal mit dem Hauptstadtsbeisitzen. Deutscher Transportarbeiterverband, Jähstiftle Halle.

#### Zum Streit der Schneider.

Im Instanzentent des Volksrates bringen wir eine Entgegnung auf eine Erklärung des Arbeitgeberverbandes, die in hiesigen bürgerlichen Blättern stand und geeignet ist, die Tatsachen vor der Öffentlichkeit zu verklären. Es wird geschrieben, daß die Schärnmacher sich „genötigt“ sehen, in dem ihnen aufgedrungenen Lohnkampf zu verharren, da ein in Aussicht genommener Schlichtungsversuch sich nicht erweisen ließ. Man wendet sich an die Öffentlichkeit und bittet die Öffentlichkeit, den Arbeitgeberverband in diesem Kampfe zu unterstützen. Das Gegenteil ist in der Erklärung festgelegt: Durch harnackiges Festhalten an ein gefestetes Minimum, das eine Verbilligung von 2 bis 3 Prozent Lohnsatz für Halle gewährt, und außerdem durch eine Forderung von Mehrleistungen, wodurch man uns das mit der einen Hand Gegeldene mit der andern Hand wieder nehmen wollte, wurden wir in den Kampf getrieben. Der in der Erklärung erwähnte, in Aussicht genommene Schlichtungsversuch ist bis jetzt nicht erfolgt. Wir haben unsere Kollegen in den Städten, die von der Lohnbewegung nicht berührt werden, noch nicht aufgefunden, für uns in einen Sympathiebrief eingetreten. Der Arbeitgeberverband aber hat, um den Kampf zu verklären, in dieser unheimlichen Städten die Aufsperrung verurteilt. Anzuerkennen sich die Unternehmer in diesen Städten der Schärnmachern folgen, werden die nächsten Tage zeigen. In Halle selbst hat sich die Situation wenig verändert. Zwei von den unter der Erklärung des Arbeitgeberverbandes aufgeführten Firmen, haben gewissermaßen gar nicht mehr im Lohnkampf. Es sind dies die Firma A. Greißler, die den Uniformfabrik bewilligte und H. Seel, die unsere Überlegungsfordernungen unterschrieben hat. Beide Firmen haben aus bis





**Walhalla-Theater**  
 Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.  
 geht die Dorfmusik  
 „Immer noch mal rum“,  
 weil die  
 „Polnische Wirtschaft“  
 die Weiber so gerne wollen, bevor  
 Bummelstudenten

**Edison-Theater,** Goethe-Str. 26.  
 Leidensweg einer Frau, grandioses Drama in drei Akten.  
 Nik Wister und der Bandit, spannendes Detektivdrama.

**Möbelräumer.**  
 Mittwoch den 13. März 1912 abends 8 Uhr bei Streicher,  
 Kl. Klausstrasse 7

**Möbelräumer - Versammlung.**  
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.  
 Der Einberufer.

**Verein f. Feuerbestattung in Halle a. S. u. Umgeg., eintr. Verein.**  
 Donnerstag den 14. März 1912, abends 8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr,  
 in den „Thalia-Festsälen“, Geiststrasse:  
**Oeffentlicher Vortrag über Feuerbestattung**  
 verbunden mit  
**Vorführung u. Erklärung des Modells eines Krematoriums.**  
 Referent Herr Direktor Pauly-Berlin.  
 Um möglichst zahlreichen Besuch bittet  
 Der Vorstand.

**Merseburg. Merseburg.**  
**Sozialdemokratischer Verein.**  
 Donnerstag den 14. März 1912, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
 in der Kaiser Wilhelmhalle:  
**Mitglieder-Versammlung.**

**Nähmaschinen**  
 aller Systeme, ff. Fabrikate von 60 Mark an.  
 Auf Wunsch günstige Zahlungsabn.  
 bei kleiner Anzahlung.  
**Reparaturen schnell und billig.**  
**Karl Möller, Brüderstraße 9a, am neuen Amtsgelände.**

**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
 (Schutzmarke Schwan)  
 spart Arbeit, Zeit, Geld.  
**Paket 15 Pfennig**

**+ Frauen. + Farben, Lacke, Firnis**  
 Stähere Hilfe bei Färbung und Stockung der Verlebe.  
 Stärke 1 1/2, 4, 11 1/2, 6.50, 11 1/2, 8, sowie sämtl. hygienische Bedarfsartikel billigst.  
**Fil.-Dep. Dr. Conrad Scheidig,** Halle a. S., Graueweg 3a, p. l. Samendebienung. Rückporto.  
 Alle Uhren, Schmuckstücken usw. repariert sehr billig u. nur gut. Kurt Vanger, Zeitungsstraße 11. Eing.: Kl. Sandb. - Kein Laden.

**Rheinperle SOLO**  
 Margarine, die Eihemarken der Branche ersetzt.  
**Feinste Butter**  
 Holl.-Mars. Werke, Jürgens & Penzen GmbH, Gelnhausen

**Kartoffeln.**  
 Gute Speise- u. Saat-Kartoffeln hat stets abzugeben  
**Ringleb, Schliepzig.**

**Magdeburger Pflaumen-Mus.**  
 Gut schmeckend! Nur in neuen Gefässen!  
 br. ca. 10 Pfd. Emaille-Elmer . . . M. 2.30  
 . . . 10 . . . Emaille-Kochtopf . . . 2.50  
 . . . 10 . . . Emaille-Kaffeekanne . . . 2.50  
 . . . 10 . . . Emaille-Rosttopf . . . 2.50  
 . . . 10 . . . Emaille-Elmer . . . 5.50  
 . . . 10 . . . Emaille-Wanne . . . 11.50  
 . . . 10 . . . Emaille-Küchenschüssel . . . 7.45  
 . . . 10 . . . Emaille-Schmortopf . . . 4.90  
 . . . 10 . . . Emaille-Schmortopf . . . 7.90  
**Wirklich feiner Kunsthonig.**  
 br. ca. 10 Pfd. Emaille-Elmer . . . M. 2.50  
 . . . 10 . . . Emaille-Kochtopf . . . 2.70  
 . . . 10 . . . Emaille-Ringtopf . . . 2.50  
 . . . 10 . . . Emaille-Kaffeekanne . . . 2.80  
 . . . 10 . . . Emaille-Elmer . . . 7.50  
 netto 50 Holzkebel . . . 12.25  
 Versand ab Magdeburg unfrankiert gegen Nachnahme. Gefässe frei.  
**E. Henkelmann, Magdeburg 35**

**Richard Flemming,**  
 Halle a. S., Schmeerstraße 22.  
 Optische Institut.  
 Große Auswahl, billige Preise!

**Merseburg.**  
 Billig! Neu fabriziert!  
 100 Stück 3.00 Mk.,  
 100 Stück 3.20 Mk.,  
 100 Stück 3.50 Mk.,  
 guter Geschmack u. gutes Aroma, empfiehlt  
**Firma Hugo Thomas**  
 Zigarren-Fabrik, Delgrabe 35.

**Ziegen-, Hasen- u. Kaninchen-Felle kaufen**  
**Gebr. Dangelwitz,** Fischerplan 2.  
**Restaurations-Grundstück**  
 in kleiner Stadt an der Saale, schön gelegen, geräumig, für 28.000,- bei 4-5000,- Anzahlung sofort zu übernehmen. Off. unt. V. H. 145 an die Geschäftsstelle.

**Gebr. Kroppenstädt, Halle a. S.**  
 Gr. Märkerstr. 4.  
**Moderne Braut-Ausstattungen.**



**Dieses gediegene moderne Speisezimmer, in Eiche gebeizt, kostet bei uns nur Mark 694, bestehend aus:**  
 1 reich geschnitztes Büfett 1 reich geschnitzter Umbau 1 Eiche-Ansichtstisch  
 1 reich geschnitztes Kredenz 1 mod. Moquette-Diwan 4 Eiche-Lederstühle  
 Da dies Zimmer sehr begehrt ist, bitten um rechtzeitige Bestellung.  
 Katalog gratis und franko. **Telephon Nr. 2973.**

**Apollo-Theater**  
 Direktion: Gustav Keller.  
**Job's**  
 Lustige Bühne.  
 Nur noch 4 Mal!  
 „Das Follie vom Follie“  
 „Sein Trick“  
 Schwank in 3 Akten.  
 Baden über Baden!!!  
 Sonnabend, d. 16. März:  
**Reperitoirwechsel.**

**Stadt-Theater**  
 in Halle a. S.  
 Direktion: Gen. Hofrat M. Richard.  
 Mittwoch den 13. März 1912:  
 179. Abonnement-Vorh. 3. Viertel.  
 Zum ersten Male Weberhofs:  
**Parkettsitz No. 10.**  
 Baubelle-Operette in 1 Vorspiel und 3 Akten nach einem gleichnamigen Schwanke von Max Fleck und Hans Geibich.  
 Bearbeitet von Hermann Goller und Fritz Wolff.  
 Musik von Fritz Schöe.  
 Kaffentöffnung 7, Anfang 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Ende nach 10 Uhr.  
 Donnerstag den 14. März 1912:  
 181. Abonnement-Vorh. 1. Viertel.  
 In Anwesenheit des Kompositisten.  
**Novität: Kam. L. Male:**  
 Mit neuer Ausstattung an Dekorationen und Kostümen.  
**Der König von Samarkand,**  
 Märchenoper in 3 Akten.  
 Text (nach Heilparzer) und Musik von Franz Wilkovec.  
 Den verehr. Abonnenten des 3. und 4. Viertels zur gef. Kenntnisnahme, daß sich am Dienstag und Mittwoch ein Umstich als notwendig erweist. Am Dienstag findet die 180. Vorstellung (4. Viertel) statt, am Mittwoch die 178. G. Viertel.

**Vaflage-Theater**  
 Lichtspielhaus.  
 Halle, Leibnizstraße 88.  
 Programm-Wechsel jeden Mittwoch und Sonnabend.  
 Beginn der Vorstellungen:  
 Wochentags präzis 4 Uhr.  
 Sonn- und Feiertags . . . 3 . . .

**Was kleidet mich?**  
 Antwort hierauf gibt Ihnen das soeben erschienene „Black's Moden-Album für Frühjahr-Sommer 1912 (Preis nur 60 Pf.). Wer modern und chic gekleidet sein will, verwende nur die berühmten Black's Schnittmuster. Erhältlich in 4-10 Größen bei:  
**Leopold Nussbaum,** Halle a. S.

**Künstliche Zähne**  
 Plomben etc.  
 Spezialität: Zahnheben.  
**Paul Haferkamp,** Straßstraße 4.  
 Völlig rassarpreise jeder Art beträgt billig & warm. Straßstraße 86.

**Erwidern auf eine in bürgerlichen Zeitungen erfolgte Erklärung des Arbeitgeber-Verbandes!**  
 Zu der **Lohnbewegung in der Herren-Mass-Schneiderei**

diene zur Aufklärung, dass die unterzeichneten Arbeitnehmer-Verbände genötigt waren am 1. März ihre Mitglieder in den Streik treten zu lassen, nachdem bei den Einigungs-Verhandlungen in Frankfurt a. M. der Arbeitgeber-Verband trotz weitesten Entgegenkommens der Arbeitnehmer, nur eine Bewilligung für Halle a. S. von 2 bis 3 Prozent Erhöhung der Löhne gewähren zu wollen, welche bei durchschnittlich 25 Mk. Wochenverdienst 50 bis 60 Pfennig die Woche über ansieht. Ausserdem sollten die Arbeiter Verpflichtung von Mehrleistungen in den Kauf nehmen, wodurch diese geringfügige Lohnerhöhung wieder illusorisch gemacht worden wäre. Ein Teil hiesiger namhafter Geschäfte, mit ca. 200 beschäftigten Arbeitern, hat bereits, ohne es erst zum Streik kommen zu lassen, die gerechte Forderung: 10 Prozent Lohnzuschlag bewilligt. Beweis genug, dass man kann, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Die Arbeitnehmer-Verbände sind jederzeit bereit, einen in Aussicht genommenen Schlichtungsversuch zu ermöglichen. Bis jetzt ist uns noch keiner in Aussicht gestellt worden.

**Die Oeffentlichkeit und die geehrte Kundschaft der Geschäfte des Arbeitgeber-Verbandes** bitten wir, von dieser, den Tatsachen entsprechenden Erklärung Kenntnis zu nehmen und danach zu urteilen.

**Der Verband der Schneider u. Schneiderinnen etc., Filiale Halle a. S. Gewerkverein der Schneider (H.-D.), Ortsverein Halle a. S.**

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Signer. - Druck der Halle'schen Geschäfts-Druckerei. (G. B. m. B. S.) - Verleger: vorn. Aug. Groh, jetzt u. Z. h. u. g. - Sämtl. i. Halle a. S.